

**Gemeinsame Resolution der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und GÖLINKE im Rat der Stadt Göttingen zur ordentlichen Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am Freitag, dem 05. Dezember 2008**

STADT GÖTTINGEN  
Der Oberbürgermeister

20. Nov. 2008

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten der Gastronomie in der Universitätsklinik Göttingen, die um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen fürchten und fordert den Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen auf, seine Entscheidung über die Überführung der Beschäftigten aus den Bereichen Zentralküche, Mensa, Cafeteria und Restaurant in die UMG Gastronomie GmbH zurück zu nehmen.

Der Rat der Stadt Göttingen empfiehlt, alle Mitarbeiter in dem schwierigen Sanierungsprozess mitzunehmen und sie nicht durch eine Ausgründung aller nicht zum Kerngeschäft der Klinik gehörenden Sekundärprozesse von der Universitätsmedizin Göttingen abzukoppeln.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen von dieser Resolution in Kenntnis zu setzen.

### **Begründung**

Der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen hat beschlossen, die Gastronomie des Universitätsklinikums zum 01.01.2009 vollständig auszugründen. Die Gastronomie umfasst die Bereiche Zentralküche, Mensa, Cafeteria und Restaurant. Nachdem bereits im Jahr 2006 die UMG Gastronomie GmbH als 100 prozentige Tochtergesellschaft der Universitätsmedizin Göttingen (UMG), Georg-August-Universität, gegründet wurde, sollen jetzt die ca. 150 Gastronomie-Beschäftigten aus dem Bereich des TV-L in die GmbH mit ihren anderen Tarif- und Arbeitsbedingungen überführt werden.

Diese Überleitung hat zur Folge, dass die Beschäftigten unter Berücksichtigung der Arbeits- und Urlaubszeiten sowie der Einmalzahlungen und Zulagen für die gleiche Arbeit bis zu 30% weniger Gehalt bekommen. Die Beschäftigten in den Bereichen Zentralküche, Mensa, Cafeteria und Restaurant gehören gewiss nicht zu den Spitzenverdienern in der Universitätsmedizin Göttingen, der Vorstandsbeschluss verlangt ihnen jedoch einen unangemessen hohen persönlichen Beitrag zum Sanierungsprogramm ab.

Die Beschäftigten wollen nicht in Existenzangst leben. Die Ausgründung zerstört Existenzgrundlagen, die sie sich jahrelang aufgebaut haben. Die Beschäftigten wollen nicht, dass ihr Gehalt nur noch dafür reicht, die Miete und das Brot zu bezahlen. Die Beschäftigten brauchen Arbeitsplätze, von denen sie und ihre Familien leben können. Viele von ihnen sind alleinerziehend und sind für ihre Kinder verantwortlich. Es kann nicht sein, dass sie nach einer Ausgründung gezwungen sind, Nebenjobs anzunehmen oder auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen sind.

Die Universitätsmedizin Göttingen ist der größte Arbeitgeber in der Region Göttingen. Damit trägt der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen nicht nur die Verantwortung für einen wirtschaftlichen und effizienten Krankenhausbetrieb, sondern auch eine große soziale Verantwortung über das eigene Haus hinaus.